

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 8 88 846 pbbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Dagmar Roth-Behrendt MdEP  
wirft Minister Töpfer vor, die  
EU wieder zum Sündenbock  
machen zu wollen.

Seite 1

Konrad Nabel MdL beschreibt  
ein "Winterprogramm" für Ob-  
dachlose in Schleswig-Hol-  
stein.

Seite 2

Horst Stieff MdB wirft Bonn  
Realitätsverlust im Umgang mit  
den Rußland-Deutschen vor.

Seite 3

Christoph Matschie MdB und  
Hans Martin Bury MdB kom-  
mentieren die Anschaffung  
umweltschonender Autos  
durch den Bundestag.

Seite 5

Dieter Schanz MdB fordert die  
Befreiung Kambodschas von  
den Minen.

Seite 6

48. Jahrgang / 236

10. Dezember 1993

**Töpfer will EU wieder zum Sündenbock machen**  
Beim Umweltministerrat soll von den eigenen Fehlern abgelenkt  
werden

Von Dagmar Roth-Behrendt MdEP  
Umweltpolitische Sprecherin der Fraktion der  
Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen  
Parlament

Beim Umweltministerrat am kommenden Montag will Bundesumwelt-  
minister Klaus Töpfer die Europäische Union (EU) erneut als Sün-  
denbock mißbrauchen, um von eigenen Fehlern abzulenken. Er will  
glauben machen, daß die EU die deutsche Verpackungsregelung  
reduzieren will. Das trifft nicht zu.

Richtig ist: Jeder weiß, daß die deutsche Verpackungsverordnung  
nie funktioniert hat. Duales System und Grüner Punkt sind nichts  
weiter als Augenwischerei und Täuschung des Publikums.

Große Mengen der gesammelten Verpackungstoffe werden heute  
nicht, wie versprochen, einer Kreislauf-Wirtschaft zugeführt, sondern  
exportiert - und dort verbrannt oder auf Deponie verbracht, jedenfalls  
nicht wiederverwertet.

Oder gleich schlimm: Getrennt gesammelter Abfall wird gleich in  
Deutschland gemeinsam mit unsortiertem Unrat verbrannt.

Nun gibt es aus dem Bonner Umweltministerium bedenkliche Infor-  
mationen: Unabhängig von der Gesetzgebung der EU plant Töpfer  
die deutsche Verpackungsverordnung durch einen Etiketten-  
schwindel zu ändern: Um ehrgeizige Wiederverwertungsquoten zu  
erfüllen, will der phantasievolle Trixi-Umweltminister flugs Verbren-  
nung als Recycling bezeichnen, wenn Energie dabei "rück-  
gewonnen" wird.

Das ist natürlich eine Plattheit. Denn bei jeder Form der Verbrennung  
sollte effizienter Weise entstehende Energie anderweitig genutzt wer-  
den. Was aber jetzt von Herrn Töpfer trech geplant wird, den klar mit  
'stofflicher Wiederverwertung' besetzten Begriff "Recycling" für Ver-  
brennung, Zerstörung des Produktes zu nutzen, ist eine neuerliche  
Täuschung in der unendlichen Täuschungsgeschichte der deut-  
schen Verpackungsverordnung. Um die Finanzierung des bankrot-  
ten DSD durch die Industrie zu retten, hat sich Töpfer die Müllver-  
brennung, in fast orwellischer Sprache thermisches Recycling ge-  
nannt, aufzwingen lassen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltliche Qualität  
mit sozialer Verantwortung  
für eine bessere  
Zukunft



Zurück zur EG: Sollte hier der Versuch unternommen werden, Maximalquoten zu beschließen, um der schnellen Einigung willen auch diejenigen Länder zu befriedigen, die zur Zeit noch keine ausreichenden Sammel- und Wiederverwertungssysteme besitzen? Das wäre der falsche Weg.

Für Umweltschutz darf es nie Maximalwerte geben, sondern immer nur Mindestanforderungen. Sie muß aber durch bessere und saubere Technologien zum Schutz der Lebensräume auch überschritten werden dürfen.

Zur Ehrenrettung der belgischen Ratspräsidentschaft und zur Richtigstellung der Ausführungen des deutschen Umweltministers und seines nebelwerfenden Staatssekretärs muß allerdings gesagt werden, daß bei den erweiterten Maximalquoten für Wiederverwertung von Müll ausdrücklich festgelegt werden sollte, daß alle Länder, die weitergehende schärfere Umweltgesetzgebung haben, diese auch weiter beibehalten können.

Diese Hinweise sollen nicht die Pläne einiger europäischer Umweltminister entschuldigen. Sie sollen aber die Panikmache aus dem Umweltministerium richtigstellen, mit der nur die von Töpfer selbst längst geplante Aufweichung der deutschen Verpackungsverordnung verschleiert werden sollte.

Herr Töpfer sollte mit seinen Schleierkünsten aufhören und entweder das Scheitern der deutschen Verpackungsverordnung und des Dualen Systems erklären oder endlich die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die ehrgeizigen Ziele der Verpackungsverordnung auch Realität werden zu lassen. Mehr Abfall zu verbrennen, ist sicher nicht der richtige Weg.

(-/10. Dezember 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Ein "Winterprogramm" für Obdachlose in Schleswig-Holstein**  
**Die Landesregierung und das Diakonische Werk wollen den Schwächsten der Gesellschaft helfen**

**Von Konrad Nabel MdL**  
**Sozialpolitischer Sprecher der schleswig-holsteinischen SPD-Landtagsfraktion**

Ein "Winterprogramm" für Obdachlose haben die schleswig-holsteinische Sozialministerin Heide Moser und Landespastor Pörksen vom Diakonischen Werk in Kiel vorgestellt.

Die dramatische Zunahme von Obdachlosigkeit ist ein Ergebnis der Umverteilungspolitik der Bundesregierung, die den Verdrängungswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt gegen die Schwächsten der Gesellschaft vorantreibt und gleichzeitig Zeichen der weiter vorangehenden sozialen Spaltung der Gesellschaft nicht ernst nimmt.

Obdachlosigkeit ist der am deutlichsten sichtbare Anzeiger für die wachsende Armut in unserer Gesellschaft. Immer mehr, bisher noch nicht von staatlicher Hilfe abhängige Menschen, geraten durch Obdachlosigkeit in den Teufelskreis von Armut, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Es sind sowohl langfristige als auch kurzfristige Hilfen für Obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen erforderlich.

Die SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein hat bereits im letzten Winter durch eine parlamentarische Initiative deutlich gemacht, daß es höchste Zeit für konzeptionelle Überlegungen gegen die wachsende Obdachlosigkeit und Armut in unserer Gesellschaft ist.

Da von der derzeitigen Bundesregierung keine Hilfe zu erwarten ist, ist zu begrüßen, daß sich die schleswig-holsteinische Landesregierung mit der Übernahme einer Koordination, dieser vor allem kommunalen, aber nur mit Hilfe aller politischen Ebenen zu leistenden Aufgabe, der Verantwortung für Obdachlose in Schleswig-Holstein gestellt hat.

Die ersten Ergebnisse der von uns angestoßenen Untersuchung zeigen auf, daß Obdachlosigkeit einhergeht mit wachsender Arbeitslosigkeit, Krankheit und sozial abweichendem Verhalten wie Kriminalität und Drogenmißbrauch.

Konzepte gegen die wachsende Armut müssen daher an vielen Punkten ansetzen, wobei die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum oberste Priorität hat. Das "Winterprogramm" der Wohlfahrtsverbände, Kommunen und des Landes zur notdürftigen Unterbringung obdachloser Menschen kann dabei nur ein vorläufiger Schritt sein, gefordert sind dauerhafte Wohnungen, Arbeitsplätze und die soziale Betreuung der Betroffenen.

(-/10. Dezember 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Bonner Realitätsverlust im Umgang mit Rußland-Deutschen** **Ein Gesamtkonzept für Hilfe und Kooperation muß erstellt werden**

**Von Horst Steloff MdB**

1988 kamen 202 673 deutsche Aussiedler in die Bundesrepublik, 1989 stieg deren Anzahl auf 377 055.

Der Deutsche Bundestag verabschiedete das Eingliederungsanpassungsgesetz und wenige Monate später das Aussiedleraufnahmegesetz, um damit der relativ unkontrollierten Einwanderung einen Riegel vorzuschieben. Nur noch einer begrenzten Anzahl von Aussiedlern (zwischen 200 000 und 250 000 Deutschstämmigen) ist danach die Einreise nach Deutschland gestattet.

Diese müssen gleichzeitig im Herkunftsland Aussiedlungsanträge stellen - eine für viele Deutschstämmige mühselige und teilweise kostspielige Angelegenheit (weite Reisen in einem Land, wo ohne Devisen kaum Fahrkarten zu erhalten sind, Wartezeiten bei den Botschaften, die Aufenthalte in den jeweiligen Hauptstädten notwendig machen u.s.w.), die abschreckend und erschwerend für die Ausreise wirkt.

Hinzu kommt, daß wesentlich längere Wartezeiten bei der Bewilligung der Ausreise in Kauf genommen werden müssen - so waren Ende 1991 rund 520 000 Ausreiseanträge aufgestaut und vom Bundesverwaltungsamt noch nicht bearbeitet worden.

Dies sind die Gründe dafür, daß 1991 nur noch 222 000 Aussiedler ins Land kamen. Im Jahr 1992 wurden rund 230 600 eingereiste Aussiedler registriert.

"Die Verfahrensänderung hat die tatsächliche Zuwanderung also trotz des andauernden Andrangs erheblich abgebremst" (Silke Delfs, Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 8). Dies ist der entscheidende Grund für die sinkende Anzahl der Einreisenden und nicht die Programme zur Bildung von Kompaktsiedlungen in Rußland.

Das BundesInnenministerium streut sich selbst Sand in die Augen mit seiner Behauptung, es sei gelungen, die Lage der Bleibewilligen zu stabilisieren, die Bonner Hilfe seit 1981 habe "zehn Inseln der Hoffnung für Rußlanddeutsche" bewirkt (FAZ 29.11.1993).

Auch andere Fakten belegen das. Von den 975 000 Deutschen, die 1989 offiziell in Kasachstan lebten, haben bis Anfang 1993 261 000 das Land verlassen. Kyrgystan verließen 1991 fast 13 000 Deutsche und im ersten Halbjahr 1992 waren es über 7 550.

Eine repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung in diesem Land erbrachte: 85 Prozent der befragten Deutschstämmigen wollten das Land verlassen und fast 80 Prozent davon nach Deutschland ausreisen - Ende 1993 werden von den einst über 120 000 Deutschen noch höchstens rund 50 000 in Kyrgystan leben.

Im November 1991 haben in einer gemeinsamen Erklärung Bundeskanzler Kohl und Präsident Jelzin festgelegt: "Deutschland nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß Rußland zur Wiederherstellung der Republik der Deutschen in den traditionellen Siedlungsgebieten ihrer Vorfahren an der Wolga entschlossen ist, wobei die Interessen der dortlebenden Bevölkerung nicht eingeschränkt werden".

Sofort lief ein groß angelegtes, mit 50-Millionen-DM gefördertes Hilfsprogramm für den Aufbau der Wolga-Republik der Deutschen an. Die Gelder flossen so schnell, daß die mit der Arbeit beauftragten Verbände mit der Ausgabe der Mittel kaum nachkommen konnten. Im Januar 1992 erteilte der russische Präsident Jelzin der Wiederherstellung der Republik der Wolga-Deutschen in der Wolga-Region eine Absage.

Daraufhin griff die Bundesregierung die Äußerungen des Präsidenten der Ukraine auf, 450 000 Deutsche könnten in die Ukraine zurückkommen. Bei der Eingliederung benötige man allerdings die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland.

In Zusammenarbeit mit dem neugeschaffenen Deutsch-Ukrainischen Fonds wurde ein Programm zur Ansiedlung von rund 260 000 Deutschen bis zum Jahr 2000 erstellt. Wiederum wurden noch im gleichen Jahr 20 Millionen DM und für 1993 weitere 32 Millionen DM für dieses neue Ansiedlungsprogramm zur Verfügung gestellt.

Bis Mitte 1993 waren gerade 1 500 Deutsche dort angesiedelt. Da der ukrainische Präsident seine Aussage dahingehend relativierte, er hätte bei der Ansiedlung von 430 000 Menschen nur an Deutsche, die aus der Ukraine stammen oder deren Nachkommen gedacht, bleiben die angesiedelten Deutschen aus Kasachstan und Tadschikistan praktisch rechtlos als geduldete Staatenlose in der Ukraine - einige treten inzwischen den Weg nach Deutschland oder nach Rußland an.

Trotz dieser Mißstände spricht das Bundesinnenministerium fortwährend von dem Erfolg seines Programmes der Ansiedlung von Deutschen in den GUS-Staaten.

Die objektiven Schwierigkeiten sollen überhaupt nicht geleugnet werden, die Bemühungen des Bundesinnenministeriums und der beauftragten Organisationen sind durchaus verdienstvoll. Jedoch sollten Einzelerfolge wie zum Beispiel im Altai oder dem Ormsker Gebiet den Blick für die Realität nicht trüben.

"Inseln der Hoffnung", ich füge hinzu "Kleine Inseln der Hoffnung" sollten nicht davor den Blick verschließen, daß nach wie vor der Ausreisewille der Deutschen in der ehemaligen UdSSA größtenteils ungebrochen ist.

Die Inseln der Hoffnung könnten auch schnell zu weiteren gescheiterten Projekten werden, wenn die mittellos aus den zentralasiatischen Republiken in ihre angestammte Heimat zurückkehrenden Russen alleine dastehen und die gleichzeitig umgesiedelten Deutschen sichtbare Hilfe aus Deutschland erhalten.

Viele der umgesiedelten Deutschen aus Kasachstan, Kyrgystan und Tadschikistan leben in sogenannten Mischehen - ein Ehepartner ist häufig Russe. Ihn drängt es nach Rußland zurück, und auch die Kinder fühlen sich in der russischen Sprache und Kultur heimisch.

Die Lage ist in vielen GUS-Staaten instabil, der Nationalismus gewinnt an Bedeutung.

Außerdem werden gerade die neu angesiedelten Gebiete wie Kaliningrad und Petersburg als europäisch und nahe an Deutschland empfunden.

Dieses zeigt, daß offensichtlich nur in Rußland die Kompaktansiedlung von Deutschen längerfristig sinnvoll ist. Deshalb müssen die Hilfsprogramme der Bundesrepublik Deutschland an die GUS-Staaten mit der Hilfe für die Ansiedlung Deutscher verzahnt und aufeinander abgestimmt werden.

Die Hilfen von Bund und Ländern, von Partnerstädten und Verbänden müssen aufeinander abgestimmt werden, sollen sie effektiv sein und langfristig Erfolg haben. Alle diese Programme laufen bisher weitgehend nebeneinander her und offenkundig fehlt ein Gesamtkonzept für die Hilfe und Kooperation in Ost- und Südosteuropa.

Sicher, das Glas mit dem Etikett des "Bleibe-Status" ist noch nicht leer. Aber es ist müßig zu streiten, ob die Politik als Erfolg gewertet werden kann, wenn das Glas inzwischen mindestens halb geleert ist. Das Bundesinnenministerium verkauft die beschriebenen Tatbestände verständlicherweise als Erfolg nach dem Motto "Das Glas ist halb voll".

Es besteht die Gefahr, daß auch auf diesem Feld die Politik der Bundesregierung offenbar von einem immer stärkerem Realitätsverlust geprägt ist.

(-/10. Dezember 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein erster Schritt zum Umdenken**

**Der Bundestag wird nur noch umweltschonende Fahrzeuge beschaffen**

**Von Christoph Mateschle MdB und Hans Martin Bury MdB**

Ein wichtiger Schritt ist geschafft. Zum ersten Mal wird die Umweltverträglichkeit zum Maßstab gemacht, wenn es um die Frage geht: Welche Autos werden im Bundestag eingesetzt. In der Beschlußempfehlung des Ältestenrates des Parlaments zu dem von uns eingebrachten Antrag heißt es: "Die Verwaltung des Deutschen Bundestages wird beauftragt, für den Fahrdienst nur noch Fahrzeuge zu beschaffen, die nach dem neuesten Stand der Technik kraftstoffsparend, wirtschaftlich und umweltschonend sind...".

Ziel unseres Antrages war es, ein Signal zu setzen.

Der Anteil des Autoverkehrs an der Luftverschmutzung hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Er betrug 1989 in der Bundesrepublik bei Kohlenmonoxid 70 Prozent, bei Stickoxiden rund 60 Prozent und bei Kohlenmonoxid rund 20 Prozent. Autoverkehr ist somit wesentlich mitverantwortlich für Gesundheitsgefährdung, Waldschäden und Treibhauseffekt. Die prognostizierten Verkehrszuwächse lassen auch ein Anwachsen der Umweltschäden durch Autoverkehr erwarten, wenn wir nicht energisch gegensteuern.

Handeln tut Not. Die Umgestaltung des Fahrdienstes ist ein erster symbolischer Schritt auf dem Weg zu einer anderen Verkehrslandschaft. Wir sind uns darüber im klaren, daß ein solcher Schritt nicht die angesprochenen Probleme löst. Er kann aber ein wichtiges Signal sein. Ein Signal für die Abgeordneten, daß umweltverträgliches Handeln möglich ist. Ein Signal für die Bevölkerung, daß Abgeordnete bei sich selbst anfangen etwas zu tun. Ein Signal für die Autoindustrie, daß eine neue Zeit beginnt, in der nicht mehr PS zählen, sondern sanfte Technik.

Unser ursprünglicher Antrag sah noch einiges mehr vor, als heute nach langen Verhandlungen beschlossen wird. Er forderte die Mitglieder des Bundestages auf, verstärkt auf das Fahrrad

oder öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Die Umgestaltung des Fahrdienstes sollte sich "an den Kriterien Kraftstoffverbrauch, Schadstoffemission, Ressourcenverbrauch zur Herstellung der Fahrzeuge und Recyclingfähigkeit orientieren und die ökologische Gesamtbilanz berücksichtigen". Darüber hinaus sollten alternative Antriebsarten im Pilotversuch getestet werden.

Die Beratungen zu unserem Antrag haben deutlich gezeigt, wie unterentwickelt das Bewußtsein vieler Abgeordneter in Sachen Umweltbewahrung ist. Haushaltsausschuß und Verkehrsausschuß lehnten mit der Mehrheit von Union und FDP unseren Antrag als überflüssig ab. Der Ältestenrat ist diesem Votum, wenn auch sehr halbherzig und stark einschränkend, gefolgt. Ein erster Schritt zum Umdenken ist erfolgt. Die Auseinandersetzung über eine umweltverträgliche Verkehrspolitik muß weitergehen.

(-/10. Dezember 1993/rs/kjs)

\*\*\*\*\*

### **Überall in Kambodscha liegen Minen**

**Die UNO ist aufgefordert, mit der Räumung eine wichtige Voraussetzung für den Wiederaufbau zu schaffen**

**Von Dieter Schanz MdB**

**Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages**

Nach neuen Meldungen ist das Minenräumprogramm der Vereinten Nationen in Kambodscha gefährdet. Dem kambodschanischen Minenaktionskomitee (CMAC) ist es nicht möglich, eine von USAID zur Verfügung gestellte Ausrüstung zu übernehmen und seine gerade erst ausgebildeten Minenräumer zu bezahlen. Die Vereinten Nationen "vergaßen", die Weiterführung und -finanzierung des Programms rechtzeitig vor ihrem Abzug zu regeln.

Nach 23 Jahren Krieg und Bürgerkrieg hat das Land immer noch mit den überall verteilten Minen zu kämpfen, die im Laufe der Zeit von allen vier Bürgerkriegsparteien ausgebracht wurden. Diese Minen (Stückpreis: circa 50 Pfännig) sind so konstruiert, daß sie nicht töten, sondern das Opfer verstümmeln. Da sie größtenteils aus Plastik sind, ist es sehr schwierig, sie zu identifizieren. Daher gibt es in Kambodscha eine hohe Zahl amputierter Menschen, die in vielen Fällen als nicht mehr in die Gesellschaft integrierbar gelten. Daraus resultiert ein unglaubliches Wachstum der Kleinkriminalität, vor allen Dingen in den Städten, da diese Menschen keine andere Möglichkeit sehen, ihr Dasein zu fristen.

Die Minen sind zu einem großen Teil in den Reisfeldern versteckt, so daß die Bauern beim Verdienen ihres täglichen Brotes ständiger Lebensgefahr ausgesetzt sind. Das Problem ist auch deshalb so unberechenbar, weil in der Regenzeit die Minen überall hingschwemmt werden und somit überall sein können. Damit sind auch viele Felder nicht bestellbar, was Ausfälle in der Reisproduktion nach sich zieht.

Das Aufbrechen dieses Wirkungsgefüges, der gleichzeitige Ausbau der Operationskapazitäten und der Prothesenwerkstätten (beispielhaft vorgeführt vom britischen "Cambodia Trust", Oxford) ist vorrangige Aufgabe auch von deutscher Seite. Die Bundesregierung ist aufgefordert, direkt zu handeln.

Die Vereinten Nationen sind aufgerufen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Bestimmungen des Pariser Friedensabkommens zu erfüllen. Dort ist der Wiederaufbau Kambodschas vertraglich geregelt; auf der Gaberkonferenz von Tokio wurden für diesen Zweck 880 Millionen Dollar zugesagt, die auch und vordringlich für die Räumung der Minen genutzt werden müssen. Mit Minen ist an einen Wiederaufbau in Kambodscha nicht zu denken.

(-/10. Dezember 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*